



## Volksschule wohin?

mit den Herausgebern und Autoren von «Einspruch»

**Alain Pichard**

Sekundar- und Realschullehrer, grünliberaler Stadtrat,  
Kolumnist und Initiator des Memorandum „550 gegen 550“, Biel

**Dr. phil. Beat Kissling**

Erziehungswissenschaftler, Psychologe  
Kantonsschullehrer und Hochschuldozent, Zürich

## HarmoS und seine Folgen

Die Entwicklung der Volksschule ist ein Thema von öffentlichem Interesse. Insbesondere der umstrittene Lehrplan 21 wirft Fragen auf. Der Abend verspricht fundierte Hintergrundinformationen und eine angeregte Debatte.

**Mi, 1. Juni 2016, 19.00 Uhr**

**Fachhochschule St.Gallen**

Rosenbergstrasse 59, direkt am Hauptbahnhof

[www.starkevolksschulesg.ch](http://www.starkevolksschulesg.ch)

## Veranstaltungshinweis

**Veranstaltung mit  
Alain Pichard  
und Dr. Beat Kissling**

**Volksschule wohin?  
HarmoS und seine Folgen**

Mi, 1. Juni 2016, 19.00 Uhr  
Fachhochschule St.Gallen

**Einladung (pdf)**

---

**Pichard Alain / Aebischer Matthias / Lätzsch Lilo / Somm Markus /**

baz Standpunkte, 15.05.2016

[Wird Dummheit lernbar? Die Kontroverse um die Schule](#)

1

**Kompetenzorientierung / selbstorganisiertes Lernen /**

Schule Schweiz, 16. Mai 2016

[Kompetenzorientierung als selbstorganisiertes Lernen](#)

2

**Verwaltungsgericht / Spracheninitiative / Graubünden / Jäger Martin / Niederdorfer Markus**

Südostschweiz, 16.05.2016

[Entscheid Spracheninitiative bringt Bewegung in Lehrplan21](#)

3

**Schwyz / Sistierung / Initiative**

Initiativkomitee SZ zur Änderung des Volksschulgesetzes – Stopp dem Lehrplan 21, 17. Mai 2016

[Medienmitteilung zur Sistierung der Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21](#)

4

**AdL / Jahrgangsklassen**

Zürcher Oberländer, 19. Mai 2016

[Rückkehr zu Jahrgangsklassen auf Primarstufe](#)

5

**Thurgau / Anstellungsbedingungen / Berufsauftrag / Schulaufsicht / Schulleiter**

Schule Schweiz, 19. Mai 2016

[Was darf sich ein Lehrer erlauben?](#)

6

[Werden Thurgauer Lehrer eingeschüchtert?](#)

6

**Baselland / Initiative / Wiedemann Jürg / Amsler Christian / Pichard Alain / Starke Schule Baselland**

«10vor10», 17.5.2016

[Kontroverse um Lehrplan 21 im Baselbiet](#)

6

BaZ, 18.05.2016

[Lehrplan unter Ausschluss der Öffentlichkeit entwickelt](#)

7

Basellandschaftliche Zeitung, 20.5.2016

[Was den Lehrplan 21 mit Sammelfächern verbindet](#)

8

baz Standpunkte, 15.05.2016

## **Wird Dummheit lernbar? Die Kontroverse um die Schule**

Statt Rechnen und Schreiben sind zukünftig 363 Kompetenzen gefragt, der Lehrer mutiert zum «Coach». Für die Gegner des Lehrplans 21 ist er ein ideologisch gefärbtes Bürokratiemonster, die Wirtschaft macht sich Sorgen um die Qualität der Schulabgänger. Wird die neue Schule mit dem Lehrplan 21 ein Erfolg? Reto Brennwald diskutiert dieses Thema mit folgenden Gästen: Matthias Aebischer, Nationalrat SP/BE, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, Alain Pichard, Lehrer, Autor «Einspruch», Lilo Lätzsch, Präsidentin Zürcher Lehrerinnen und Lehrerverband ZLV, und Markus Somm, Chefredaktor «Basler-Zeitung». (Eine Sendung von Presse TV; PTV BaslerZeitung Standpunkte - Journalisten im Gespräch mit Gästen)

Wer die Sendung im Nachhinein ansehen möchte, hier ist der Link zur Sendung vom 15.5.2016

<http://www.srf.ch/play/tv/baz-standpunkte/video/baz-standpunkte-vom-15-05-2016?id=24f0e380-e854-4bde-a781-6e0cba2b44a4>

Schule Schweiz, 16. Mai 2016

## Kompetenzorientierung als selbstorganisiertes Lernen

Die „Grundlagen für den Lehrplan 21“ ([www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf](http://www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf)) wurden ab 2006 von einer kleinen Projektgruppe mit folgenden Mitgliedern erarbeitet: Marco Adamina, lic. phil. nat., dipl. Geograph, Dozent der PH Bern; Konstantin Bähr, M.A., Stv. Leiter der Bildungsplanung des Kantons Zürich; Christian Studer, Vorsteher des Amt für Volksschulen des Kantons Basel - Landschaft, Liestal; Anton Strittmatter, Dr. phil., Leiter Pädagogische Arbeitsstelle des LCH; Brigitte Wiederkehr Steiger, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Regionalsekretariats der EDK - Ost, St. Gallen. Auffallend ist, dass keine in der Praxis stehende Pädagogen zugezogen wurden und das einige in diesem Gremium Spezialisten für Kompetenzorientierung und Gender sind.

### **Grundlagen für den LP21“ als „Büchse der Pandora, von Peter Aebersold, 16.5.**

Ihre Aufgabe war „die Klärung und Präzisierung der konzeptionellen Grundlagen für den Deutschschweizer Lehrplan“, u.a. „in Bezug auf das Verhältnis des Lehrplans zu den im Rahmen des EDK-Projekts HarmoS entwickelten Standards“ und - nota bene - „in Bezug auf die Terminologie ("es ändert sich gar nichts" usw.) und die damit verbundenen Konzepte“.

Im Januar 2009 wurde in einer Medienmitteilung die „Katze etwas aus dem Sack gelassen“: Der Lehrplan orientiere sich an „Kompetenzen“, er würde „Mindesterwartungen“ festlegen und auf den Begriff „Fächer“ verzichten. In den folgenden Vernehmlassungen wurde jedoch nicht darauf hingewiesen, dass es dabei um einen andersartigen „Kompetenzbegriff“ ging, hinter dem ein auf die globale Wirtschaft ausgerichtetes Konzept der Wirtschaftsorganisation OECD steht.

Erst in den von der D-EDK 2010 absegneten „Grundlagen für den Lehrplan 21“ wurde in einem Satz etwas angedeutet, worum es bei der ominösen Kompetenzorientierung überhaupt geht:

„Mit der Kompetenzorientierung ergibt sich eine veränderte Sichtweise auf den Unterricht. Lernen wird verstärkt als aktiver, selbstgesteuerter, reflexiver, situativer und konstruktiver Prozess verstanden.“

Im „Lehrplan 21“ selber, bei dem die Praktiker das Kompetenzenmonster aufgrund der Grundlagen erarbeiten durften, fehlt jedoch jeglicher Hinweis auf das dahinter steckende ideologische Konzept. So dass Erziehungsdirektoren in den Medien immer wieder behaupten können, „im Lehrplan 21“ stehe nichts von „selbstgesteuertem Lernen“.

Offenbar hat hier die Projektgruppe in Bezug auf die Terminologie und der dahinter versteckten Konzepte ganze Arbeit geleistet. Selbst für Professor Matthias Binswanger trägt dieser Satz nicht zum besseren Verständnis bei: „Das klingt alles sehr wichtig und kompetent. Nur, was das konkret heisst, bleibt im Dunkeln. Hier geht es um typische Begriffe in der heutigen Bildungslandschaft, die alles und nichts aussagen.“

Laut den Pädagogikprofessoren Matthias Burchardt und Jochen Krautz (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.5.2013) handelt es sich bei der „Neuen Lernkultur“ vom „selbstorganisierten oder selbstgesteuerten Lernen“ um eine krude Mischung von „Antipädagogik“ und „Konstruktivismus“, und damit von gescheiterten Reformideologien aus dem letzten Jahrhundert.

In den einschlägigen Schriften der Reformer findet man hingegen Klartext: Mit der „Kompetenzorientierung“ hängt immer auch die „Konstruktivismusideologie“ mit „selbstgesteuertem Lernen“, „Individualisierung“, „altersgemischtem Lernen“, zusätzlich geschaffene „Heterogenität“ und „Lernbegleiter“ statt Lehrer zusammen.

Ist die „Büchse der Pandora“ einmal geöffnet, verunmöglicht sie die Sozialform des gemeinsamen Klassenunterrichts, der Lehrerberuf wird seiner Hauptaufgaben beraubt, die Volksschule verliert ihren wichtigsten Faktor für Lernfortschritte und die Wirtschaft findet kaum mehr fähige Lehrlinge.

Südostschweiz, 16.05.2016

Leserbrief

## [Entscheid Spracheninitiative bringt Bewegung in Lehrplan21](#)

Niederdorfer Markus, Summaprada

Einmal mehr zeigt Regierungsrat Marin Jäger, dass er eigenmächtig handelt. Zuerst attestiert er Wohlwollen und Sympathie für die Sieger, doch dann wird mit der Angst vor Schulqualitätsabbau - und der Chancengleichheit geschürt. Als Mitglied der EDK Schweiz, kann der Kanton nicht machen, was er will und beiläufig wird erwähnt, dass der Bundesrat ein Sprachengesetz erlassen könnte, weil auch in anderen Kantonen entsprechende Überlegungen mehr oder weniger weit gediehen sind. Martin Jäger kennt die neuesten Studien zum Fremdspracherwerb auf der Primarschule. Zwei Fremdsprachen stellen eine Überforderung eines grossen Teils der Schülerinnen und Schülern dar. Das wird schon lange von Kindern, Eltern und Lehrpersonen ins Feld geführt. Simone Pfenninger von der Universität Zürich, belegte mit ihren Forschungsergebnissen zum Erwerb von Zweitsprachen, dass das Alter – anders als beim natürlichen Spracherwerb – im Schulkontext eine «untergeordnete Rolle» spiele. Wichtiger als der frühe Beginn sei etwa das intensivere Lernen über einen kurzen Zeitraum hinweg.

Hier zeigt sich die grosse Schwäche der gewählten Regierung. Sobald ein Anliegen, welches wie in diesem Falle, auch in anderen Kantonen omnipräsent ist, hilft es, wenn die Verantwortung abgeschoben werden kann. Bundesrat Berset arbeitet an einem Gesetz. Ja, das mag richtig sein. Doch auch der Bundesrat kann nicht machen, was er will. Er benötigt die Legitimation des Parlaments oder gar des Volkes. Es ist richtig, dass Politiker sich oft im "Regen stehen gelassen" fühlen. Sie benötigen viel Frustrationstoleranz. Doch es gibt auch Macher. Sie korrigieren ihre Entscheidungen, wenn sie merken, dass das Expertenwissen, welches sie zu Rate zogen, sich als falsch erweist. Gerade bei der Bildung stehen grosse Umwälzungen bevor: Der Lehrplan 21.

Hier hat die gesamte Regierung die Verantwortung übernommen. Grossräte, welche gegen die Einführung des LP21 sind, verschanzen sich hinter dem Regierungsbeschluss und schieben die Verantwortung ab. Jetzt wäre aber der Moment, um Gespräche zu führen, denn im Juni kann der Grossrat das Projekt LP21 noch stoppen. Signale gibt es viele, die dahin gehen, dass es in den Köpfen der Wählerinnen und Wähler zu dämmern beginnt. Denn der Konstruktivismus als Unterrichtsprinzip, flächendeckende elektronische Testverfahren tönen zwar futuristisch, sind aber im Bericht des EKUDs an die Grossräte so zu lesen. Einige Kantone sind schon ausgeschert und haben dem LP21 die Spitzen gebrochen. Die Walliser haben ähnliche Voraussetzungen, wie der Kanton Graubünden zu meistern. Vielleicht ist das der Grund, weshalb Regierungsrat Freysinger seine Schule vor grossen Turbulenzen schützt. Für ihn ist ein Lehrer ein Pädagoge und kein Coach. Die Schüler sollen ihrem Alter entsprechend gebildet und auf ein Leben in der Gesellschaft nach unseren gültigen christlichen und humanistischen Werten vorbereitet werden.

Im Juni ist wieder Grossrat Session. Jedes Mitglied hat die Verantwortung, in der aktuellen Situation – Entscheid Spracheninitiative und Doppelinitiative zum Lehrplan 21 – den Entscheid der Regierung zu unterstützen oder das Projekt zu stoppen. Die viereinhalb Millionen für die Weiterbildung sind aus der Portokasse finanzierbar, aber die Bündner Volksschule, welche unsere Kinder und Enkelkinder besuchen werden, ist das Ergebnis ihres Entscheides in der Juni Session. Die Volksschule ist zwar Sache des Kantons. Doch die Gemeinden zahlen am Ende die Zeche. In diesem Sinne hoffe ich, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich informieren und mit ihren Grossrätinnen und Grossräten Kontakt aufnehmen.

<http://www.suedostschweiz.ch/leserbriefe/2016-05-16/entscheid-spracheninitiative-bringt-bewegung-in-lehrplan21>

## Initiativkomitee SZ zur Änderung des Volksschulgesetzes – Stopp dem Lehrplan 21

Medienmitteilung, 17. Mai 2016

### Trotz steigendem Widerstand in vielen Kantonen – der Erziehungsrat des Kantons Schwyz verweigert die Sistierung der Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21

**Der Erziehungsrat lehnte an seiner letzten Sitzung die Forderung des Initiativkomitees ab, mit der weiteren Einführung des Lehrplans 21 zuzuwarten, bis das Bundesgericht über die Gültigkeit der Initiative entschieden und das Volk selbst über den grundlegenden Wandel in der Volksschule befunden hat.**

Im November 2015 hat der Kantonsrat die Initiative des Schwyzer Komitees „NEIN zum Lehrplan 21“ als ungültig erklärt. Darauf hat das Initiativkomitee beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht und im Februar 2016 den Erziehungsrat ersucht, alle Vorbereitungen zur Einführung des Lehrplans 21 zu stoppen.

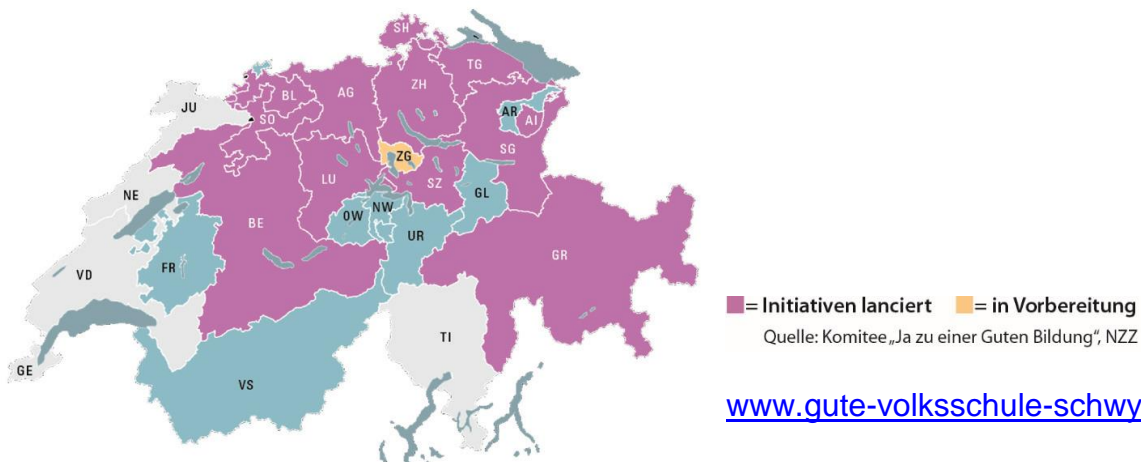
Der Erziehungsrat hat nun die Sistierungsforderung des Initiativkomitees abgelehnt. Damit bewegt er sich allerdings auf dünnem Eis. Unter anderem wird folgendes ausgeführt: „*Es bestehen in keiner Weise erhebliche öffentliche Interessen, die dies verlangen würden. Die Haltung oder das Vorgehen in anderen Kantonen ist diesbezüglich nicht massgebend*“. Die 3000 Unterzeichner der Initiative, die sich der Zwangseinführung des stark kritisierten Lehrplans 21 entgegenstellen und einen Volksentscheid über die Zukunft der Volksschule verlangen, werden ignoriert. Dieses Vorgehen des Erziehungsrats widerspricht unserer demokratischen Tradition. Er beharrt auf der Umsetzung eines Bildungsplans, der von der OECD vorgegeben und gesteuert ist und auf die bewährte schweizerische Bildung keine Rücksicht nimmt.

In mehr als der Hälfte aller Deutschschweizer Kantone\* laufen Initiativen gegen den Lehrplan 21. Das Wallis hat die Einführung des Lehrplans 21 bis auf weiteres sistiert. Im Baselbiet, Aargau und in Graubünden kann das Volk über Initiativen entscheiden. Im Kanton Appenzell versprach Landammann und Erziehungschef Roland Inauen kürzlich an der Landsgemeinde, man bleibe der hiesigen Kultur und Tradition sowie den christlichen Werten verpflichtet, was bedeutet, dass wesentliche Elemente des Lehrplans 21 nicht umgesetzt werden. \*(vgl. Grafik auf der nächsten Seite)

Der Lehrplan 21 bringt nicht nur „marginale“ Änderungen, wie der Erziehungsrat behauptet. Warum sind sonst die teuren, jahrelangen Lehrer- und Schulleiterfortbildungen und die geänderten Lehrmittel nötig? Obwohl die ganzen Schulreformen der letzten Jahre schon längst negative Auswirkung zeigen, sollen sie mit dem Lehrplan 21 nun auch noch intensiviert und rechtlich zementiert werden.

Können die Bildungs-Verantwortlichen des Kantons Schwyz alle Konsequenzen überblicken und gutheissen? Warum wartet der Kanton Schwyz nicht ab wie andere Kantone? Hört man ausgerechnet in Schwyz die warnenden Stimmen des Volkes nicht? Wer bezahlt den Schaden?

Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Initiativkomitees, Etzelstrasse 54, 8808 Pfäffikon, [irhe@active.ch](mailto:irhe@active.ch),



[www.gute-volksschule-schwyz.ch](http://www.gute-volksschule-schwyz.ch)

Zürcher Oberländer, 19. Mai 2016

## Rückkehr zu Jahrgangsklassen auf Primarstufe

Fiscenthal Die Schule Fiscenthal plant für das nächste Schuljahr mit Jahrgangsklassen auf der Primarstufe. Die Abkehr von Mehrklassen wird mit den Schülerzahlen und Vorgaben des Kantons erklärt.

Die Schulbehörde Fiscenthal lud am Dienstagabend zu einer Informationsveranstaltung in den «Blume»-Saal. Dieser Anlass hätte ursprünglich bereits am 11. April stattfinden sollen, war dann aber unvermittelt abgesagt worden. Die Behörde wollte nach drei Rücktritten von Schulpflegermitgliedern auch bezüglich künftiger Tätigkeit und Aufgabenverteilung innerhalb des Gremiums orientieren (siehe Box).

### Zum Wohl des Kindes

70 Eltern von Primarschulkindern erfuhren im Verlauf des Abends die Beweggründe zur Rückkehr vom Mehrklassensystem, das seit 2011 in Fiscenthal geführt wird, zum Jahrgangsklassensystem. Das Modell mit Regelklassen soll auf Beginn des kommenden Schuljahrs gelten. Die Eltern der Primarschulkinder sind von Schulleiterin Ina Rizza im März mittels Schreiben vororientiert worden.

Nalan Seifeddini, als Juristin und Schulpflegerpräsidentin sowie Gemeinderätin von Oberglatt in Schulrechtsfragen bewandert, gab in einem ersten Teil den beiden Schulpflegerinnen Petra Orlando und Judith Rüegg das Wort. Stark schwankende Schülerzahlen und die vom Volksschulamt voraussichtlich festgelegten Vollzeiteneinheiten hätten es notwendig gemacht, das derzeit gültige Klassenmodell zu hinterfragen. «Das Wohl der Kinder steht im Vordergrund. Es ist uns wichtig, eine kleine Schule, wie wir sie in Fiscenthal haben, möglichst ohne Qualitätseinbusse weiterzuführen», sagte Orlando.

Bevor es zur Entscheidung des Systemwechsels kam, seien in der Lehrerkonferenz Vor- und Nachteile der beiden Modelle gegeneinander abgewogen worden, legte Schulleiterin Rizza dar.

### Vor- und Nachteile gewichtet

Argumente zugunsten des Jahrgangssystems seien, so das Fazit der Lehrerkonferenz, der Klassenverband, die Zyklusarbeit, die Vorteile des Klassenverbands als längerfristige Lösung oder auch die Überschaubarkeit für Lernende, Lehrende und Eltern. Das Mehrklassensystem könne mit Vielfalt als Chance oder ausgewogenen Schülerzahlen punkten. In der Summe hätten, so Rizza, die erhobenen Nachteile gegen das Mehrklassensystem gesprochen.

### Nicht nur Verständnis

Mit der Rückkehr zu den Regelklassen werden in der Fiscenthaler Primarschule künftig sechs Klassen statt wie bisher fünf gemischte Klassen geführt. Für Schulleiterin Rizza ist die Rückkehr zu Regelklassen auch angesichts der veränderten Organisation mit drei Zyklen während der Volksschulzeit und den entsprechenden Auswirkungen auf die Stundentafel, wie dies der Lehrplan 21 bringen wird, das adäquate Schulmodell. «Das altersdurchmischte Lernen würde mit abweichenden Lektionentafeln enorm erschwert.»

Es gab einige wenige Stimmen im Saal, die ihre Enttäuschung über den Wechsel zu Jahrgangsstufen ausdrückten. Früher, argumentierte eine Votantin, hätten es die Lehrpersonen doch auch geschafft, mehrere Jahrgänge gleichzeitig zu unterrichten. Schulleiterin Rizza entgegnete, der Systemwechsel habe nichts damit zu tun, dass die Lehrpersonen keine gemischten Klassen unterrichten könnten.

[http://v2.zueriost.ch/epaper/pdf/blaettern\\_detail\\_fs.cfm?page=03\\_zol\\_09\\_2016-05-19](http://v2.zueriost.ch/epaper/pdf/blaettern_detail_fs.cfm?page=03_zol_09_2016-05-19)

Schule Schweiz, 19. Mai 2016

## Was darf sich ein Lehrer erlauben?

In einer Einfachen Anfrage will Reto Lagler (CVP) von der Thurgauer Regierung Auskunft über die politischen Rechte von Lehrpersonen hinsichtlich der Treuepflicht zum Arbeitgeber.

**Politische Rechte von Lehrpersonen vs. Treuepflicht zum Arbeitgeber, Reto Lagler, 23.3.**

[Weiterlesen »](#)

## Werden Thurgauer Lehrer eingeschüchtert?

Der Thurgauer Regierungsrat äussert sich zum Thema Meinungsäusserungsfreiheit und Treuepflicht. Will der Thurgau seine Lehrer einschüchtern? Was bedeutet die Passage "Sind jedoch schulpolitische Entscheide gefällt worden, sind Lehrpersonen verpflichtet, solche Entscheide loyal umzusetzen" in Bezug auf den Lehrplan 21?

**Stellungnahme zur Einfachen Anfrage Lagler, Regierungsrat Thurgau, 3.5.**

[Weiterlesen »](#)

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

---

«10vor10», 17.5.2016

## **Kontroverse um Lehrplan 21 im Baselbiet**



[Dieser Link öffnet das Video in einem neuen Fenster.](#)  
[Video «Kontroverse um Lehrplan 21 im Baselbiet» abspielen](#)

Der erste Lehrplan für die ganze Deutschschweiz stösst auf allerlei Kritik und Verbesserungswünsche. Im Baselbiet wird am 5. Juni über eine Initiative abgestimmt, die verlangt, dass das Kantonsparlament und nicht ein Expertengremium den neuen Lehrplan absegnet.

BaZ, 18.05.2016

## Lehrplan unter Ausschluss der Öffentlichkeit entwickelt

Von Jürg Wiedemann

Für die Gesellschaft und die Wirtschaft haben die an Volksschulen verwendeten Lehrpläne beachtliche Auswirkungen. Deshalb sind sie von legitimem öffentlichem Interesse. Der Lehrplan 21 wurde unter Ausschluss des Meinungsbildungsprozesses der Schulen im stillen Kämmerlein ausgearbeitet. Federführend war ein Kabinett, sprich die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), welche ohne Auftrag und ohne Legitimation einen Lehrplan mit einer völlig neuen Ideologie erarbeitet hat und jetzt den Schulen aufzuzwängen plant. Interne kritische Stimmen wurden übergangen. Diese Heimlichtuerei ist nicht im Sinne unserer Rechtsstaatlichkeit und ein Hintergehen des Stimmvolkes. Die Art und Weise wie die EDK den Lehrplan 21 mit derart gravierenden Veränderungen an der öffentlichen Meinung wie auch an kritischen Fachleuten hat vorbeischnuggeln wollen, ist mit unseren Grundwerten nicht zu vereinbaren. In unserem System der direkten Demokratie ist es opportun, sich einer sachlichen Auseinandersetzung zu stellen.

Gemäss Umfrage der Bildungsdirektion lehnen 60 Prozent der Lehrpersonen den kompetenzorientierten Lehrplan 21 ab. Sie erachten ihn als erhebliches Risiko für die Schüler/-innen bei der schulischen Entwicklung. Die Politik muss diese grossen Bedenken der Fachexperten, der Lehrpersonen ernst nehmen. Deshalb ist es richtig, mit der landrätlichen Bildungskommission (BKSK) ein zusätzliches Gremium zur Absicherung einzubauen. Die BKSK besteht ebenfalls aus Fachexperten in Bildungsfragen und hat die notwendige Kompetenz, den Lehrplan 21 zu überprüfen und dem Landrat Antrag zu stellen. Dieser kann dann den Lehrplan absegnen oder an den Bildungsrat zurückweisen. Die Kompetenz, den Lehrplan zu verändern, erhält der Landrat mit der Bildungsvorlage «Lehrplan 21», über die wir am 5. Juni abstimmen, nicht.

Faktisch ändert sich damit an der heutigen Situation nur wenig. Ein Ja am 5. Juni hat jedoch eine gewichtige Konsequenz, die nur für diesen einen Fall «Lehrplan 21» gilt. Bis anhin konnte der Bildungsrat autonom und abschliessend einen neuen Lehrplan beschliessen. Er musste keine anderen Meinungen von Fachleuten einholen. Stimmt das Volk am 5. Juni zur Bildungsvorlage aber zu, so wird der Bildungsrat sich mit den Schulen und der landrätlichen Bildungskommission absprechen und einen ausgewogenen, gesellschaftlich und schulpolitisch mehrheitsfähigen Lehrplan präsentieren müssen.

Dass ehemalige Mitglieder des Bildungsrats das eigene Gremium trocken als Abnickgremium bezeichnen, führt bei dessen Mitgliedern zu emotionalen Ausbrüchen. Nüchtern betrachtet muss jedoch klar festgehalten werden, dass die Bildungsräte zwar hoch engagiert, aber weder zeitlich noch fachlich in der Lage sind, eine derart komplexe Materie wie die Erarbeitung von Lehrplänen adäquat zu überblicken. Mit einer oder zwei Sitzungen pro Monat verfügt der Bildungsrat auch nicht über die Ressourcen für eine derart umfangreiche Arbeit. Die Realität sieht deshalb – wie Kenner bestätigen – wie folgt aus: Die Bildungsdirektion respektive Verwaltungsleute arbeiten eine Vorlage fixfertig aus und präsentieren diese dem -Bildungsrat. Dieser stellt Fragen und diskutiert die zum Teil sehr umfangreichen und komplexen Vorlagen. Dass den Fachexperten der Verwaltung, die täglich nichts anderes machen, bei der Beratung nur schwer Paroli zu bieten ist, liegt auf der Hand. Deshalb verwundert es auch nicht, dass der Bildungsrat mangels zeitlicher Ressourcen und Fachkompetenz die Vorlagen in den meisten Fällen ohne relevante Änderungen absegnen muss. Für ein normales Miliz-Bildungsratsmitglied, das nicht hauptberuflich mit Bildung zu tun hat, ist es praktisch unmöglich zu entscheiden, was pädagogisch sinnvoll und umsetzbar ist.

<http://verlag.baz.ch/epaper/index.cfm?index=23>



Basellandschaftliche Zeitung, 20.5.2016

Abstimmung vom 5.Juni

## Was den Lehrplan 21 mit Sammelfächern verbindet

von Michael Nittnaus

### **Die bz klärt die wichtigsten Fragen zu den drei Baselbieter Bildungsvorlagen. Zwei von ihnen könnten Signalwirkung haben**

Am 5. Juni steht im Baselbiet ein Abstimmungssonntag an, der es in sich hat: Nicht weniger als 11 Vorlagen stehen auf dem Programm, davon 5 nationale und 6 kantonale. Politisch die grösste Bedeutung hat bei den kantonalen – wegen der Verknüpfung mit dem 80-Millionen-Franken-Zustupf von Basel-Stadt an Baselland – zwar der Baselbieter Beitrag zur Sanierung der Pensionskasse der Uni Basel. Doch an diesem Tag entscheidet das Stimmvolk auch über drei Bildungsvorlagen, von denen zwei – die Kompetenz zur Einführung des Lehrplans 21 und der Verzicht auf Sammelfächer – als wegweisend bezeichnet werden dürfen. Die bz klärt deshalb die wichtigsten Fragen.

### ***Um was geht es bei der Vorlage «Einführung Lehrplan 21» genau?***

Der Lehrplan gibt vor, welches Wissen und welche Kompetenzen die Schüler in der Volksschule erwerben müssen. An ihm orientieren sich auch die Lehrerausbildung und die Lehrmittel. In Baselland beschliesst der 14-köpfige Bildungsrat die Inkraftsetzung der Lehrpläne. Im November 2014 tat er dies für den neuen Lehrplan 21, dessen fürs Baselbiet angepasste Variante «Lehrplan Volksschule» heisst. Der Lehrplan für den Kindergarten und die Primarschule trat bereits auf das laufende Schuljahr 2015/16 in Kraft. Für die Sekundarschule hat der Bildungsrat die Einführung auf das Schuljahr 2018/19 vorgesehen. Die Vorlage möchte nun, dass der Lehrplan Volksschule erst vom Landrat genehmigt werden muss. Dies soll im Bildungsgesetz festgeschrieben werden.

### ***Erhält bei einem Ja zur Vorlage der Landrat die alleinige Kompetenz über künftige Lehrpläne?***

Nein. Erstens geht es bei der Vorlage ausschliesslich um den Lehrplan 21 beziehungsweise den Lehrplan Volksschule. Alle zukünftigen Lehrpläne würden wieder in der alleinigen Kompetenz des Bildungsrates stehen. Anzumerken ist dabei allerdings, dass ein Lehrplan in der Regel über viele Jahre Bestand hat. So wurde der alte Lehrplan für die Primarstufe bereits 1998 eingeführt und jener für die Sekundarstufe 2005. Zweitens würde ein Ja nur dazu führen, dass der Landrat den Lehrplan 21 genehmigen muss. Erarbeitet wird er weiterhin vom Bildungsrat. Genehmigt der Landrat den Lehrplan nicht, so wird er zur Überarbeitung zurück an den Regierungsrat, beziehungsweise an den der Regierung unterstellten Bildungsrat geschickt. Dabei kann der Landrat inhaltliche Änderungsaufträge formulieren.

### ***Was passiert mit dem Lehrplan für die Primarstufe, der bereits seit einem Jahr in Kraft ist?***

Der mit der Vorlage neu einzuführende Paragraph 112r des Bildungsgesetzes hält klar fest: «Sofern der Lehrplan 21 bzw. Lehrplan Volksschule bereits eingeführt ist, ist er vom Landrat nachträglich zu genehmigen.» Das umfasst also auch den Kindergarten und die Primarschule, die Teil des Lehrplans sind. Es entstünde aber kein «Lehrplan-Vakuum», denn im selben Paragraphen steht auch, dass bis zur Genehmigung durch den Landrat weiterhin auf der Sekundarstufe der alte Lehrplan und auf der Primarstufe die vom Bildungsrat bereits eingeführte Version des Lehrplan Volksschule gelten würde.

### ***Verhindert ein Ja zur Vorlage die Einführung des Lehrplans 21?***

Nein. Der Lehrplan 21 setzt den verfassungsrechtlichen Auftrag um, dass die Ziele der Bildungsstufen im schweizerische Schulwesen harmonisiert werden müssen. Auch folgt er der interkantonalen Vereinbarung für die obligatorische Schule, wonach die Lehrpläne in den verschiedenen Sprachregionen zu harmonisieren sind. Diese Vorgaben werden durch den alten Lehrplan nicht erfüllt. Da der Lehrplan 21 auch den anderen Deutschschweizer Kantonen als Vorlage für ihre neuen Lehrpläne dient, kann Baselland zum Beispiel nicht völlig andere Bildungsziele festlegen. Die vom Bildungsrat verabschiedete Version – der Lehrplan Volksschule Baselland – dürfte bei einem Ja am 5. Juni aber durchaus in einigen Punkten verändert werden, da der Landrat neu Änderungsaufträge erteilen könnte.

### ***Um was geht es bei der Vorlage «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer» genau?***

Im Lehrplan 21 wie auch im vom Bildungsrat beschlossenen Lehrplan Volksschule sind ab der Sekundarstufe Fächerverbünde vorgesehen. Konkret sind dies «Natur und Technik» mit Biologie, Chemie und Physik, «Räume, Zeiten, Gesellschaften» mit Geschichte und Geografie, «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» mit Wirtschaft und Hauswirtschaft sowie «Ethik, Religionen, Gemeinschaft». Bereits seit 2005 besteht in der Sekundarschule der Verbund von Biologie und Chemie. Die parlamentarische Initiative möchte nun im Bildungsgesetz festschreiben, dass «an den Sekundarschulen die Fächer Geschichte, Geografie, Physik, Biologie, Chemie, Hauswirtschaft und Wirtschaft als Einzelfächer unterrichtet und benotet werden».

### ***Weshalb sollen die Sammelfächer verhindert werden?***

Die Befürworter der Vorlage sehen in den Fächerverbänden die Bildungsqualität gefährdet. Dies vor allem, weil kaum ein Lehrer in allen Fächern eines Verbundes dasselbe Fachwissen bieten könnte. So würden Lehrer zu Generalisten und Allroundern, die zudem nur noch an Fachhochschulen statt an der Universität ausgebildet würden. Die Weiterbildungen seien zudem sehr viel teuer.

### ***Was spricht für die geplanten Fächerverbünde?***

Die Gegner der Vorlage betonen, dass Sammelfächer das vernetzte Denken fördern. Auch würde die Beziehung zwischen Schülern und Lehrern gestärkt, weil sie mehr Zeit miteinander verbrächten. Gleichzeitig betonen sie, dass Fächerverbünde auch von mehreren Lehrern zusammen unterrichtet werden könnten. Der grösste Kritikpunkt an der Vorlage ist, dass Einzelfächer nicht im Gesetz verankert werden sollten, da so die Entwicklung des Bildungswesens blockiert würde. Tatsächlich würde der für die Stundentafeln zuständige Bildungsrat dadurch stark eingeschränkt. Für Anpassungen bräuchte es künftig eine Gesetzesänderung. Kritisiert wird auch, dass der seit 11 Jahren bestehende Verbund von Biologie und Chemie aufgehoben werden müsste.

### ***Ist ein Nein zu Sammelfächern auch ein Nein zum Lehrplan 21?***

Nein. Auch wenn die Gegner der Sammelfächer meist auch Skeptiker des Lehrplans 21 sind, funktioniert letzterer auch mit Einzelfächern. Schon in seiner heutigen Form weist der Lehrplan 21 viele Bildungsziele innerhalb eines Fächerverbands weiter nach Einzelfächern aus. Für die Sekundarstufen-Version des Lehrplans Volksschule Baselland hat der Bildungsrat bereits angekündigt, die zu erreichenden Kenntnisse ebenfalls weiter nach Einzelfächern auszuweisen.

### ***Sind die beiden Vorlagen der erste Schritt, um den Bildungsrat abzuschaffen?***

Natürlich zielen die Vorlagen auf eine Schwächung des Bildungsrates und eine Stärkung des Landrates ab. Schliesslich sind Beschluss und Inkraftsetzung des Lehrplans eine der Kernkompetenzen des Fachgremiums. Bei einem Ja zu dieser Vorlage würde der Bildungsrat zwar weiter für

die Erarbeitung zuständig sein, verlöre aber seine Entscheidungskompetenzen. Bei einem Ja zum Verzicht auf Sammelfächer könnte er die Stundentafeln nicht mehr frei gestalten. Das Gremium selbst zweifelt, inwiefern ein Fortbestand dann noch Sinn macht.

### ***Hat das Parlament in anderen Kantonen einen solchen Einfluss auf den Lehrplan?***

In keinem der 21 deutsch- oder gemischtsprachigen Kantone ist zurzeit das Parlament für die Lehrpläne verantwortlich, auch nicht für die Genehmigung. Und Fächerverbände sind in der Sekundarschule die Regel. Laut der Landeskanzlei beschliesst in 14 Kantonen abschliessend die Regierung und in 7 ein Bildungsrat über den Lehrplan. Die zunehmende Politisierung von Bildungsentscheiden ist denn auch einer der Hauptkritikpunkte an der Vorlage zur «Einführung Lehrplan 21». Allerdings sind in einer Mehrheit der Kantone Initiativen oder Vorstösse hängig, die ähnliches fordern. Der Entscheid in Baselland kann daher wegweisend sein. Gibt es ein Ja, stösst das Baselbieter Stimmvolk zudem seinen Entscheid von 2011 um: Damals hatten 58 Prozent dem Bildungsrat den Rücken gestärkt.

### ***Welche politischen Kräfte sind für und welche gegen die beiden Vorlagen?***

Eine Mehrheit des Landrates möchte sich selbst das Veto-Recht beim Lehrplan 21 geben. Mit 50 zu 35 Stimmen unterstützten die Volksvertreter vergangenen September die Lehrplan-Vorlage, wobei sich die bürgerlichen Kräfte um SVP und FDP zusammen mit GLP und den Grünen-Unabhängigen (GU) gegen den Widerstand von SP, Grünen, CVP und BDP durchsetzten. Die EVP war gespalten. Die Landratsabstimmung zum Verzicht auf Sammelfächer fiel mit 52 zu 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen praktisch gleich aus. Beiden Vorlagen liegt eine parlamentarische Initiative (von Jürg Wiedemann, GU) zugrunde. Diese spezielle Form ist auch der Grund, weshalb die Baselbieter Regierung keine Empfehlung abgibt. Die Pro-Kampagne wird vom Komitee Starke Schule Baselland geführt. Sonst machen sich keine Organisationen für ein Ja zu den Vorlagen stark. Einzige Ausnahme: Der Lehrerverein unterstützt den Verzicht auf Sammelfächer. Bei der Lehrplan-Einführung steht aber auch er auf der Seite der Gegner. Zweimal Nein sagen die Amtliche Kantonalkonferenz der Lehrer genauso wie die Handelskammer und der Arbeitgeberverband. Die Wirtschaftskammer Baselland entschied dagegen, keine Empfehlung abzugeben (bz von gestern).

### ***Und was ist mit der Volksinitiative «Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere»?***

Bei der dritten Bildungsvorlage kann das Komitee Starke Schule Baselland, das sie lanciert hat, für einmal auf die volle Unterstützung sämtlicher Parteien und fast aller Organisationen zählen. Auch die Regierung empfiehlt die Annahme. Allerdings hat der Landrat die Wirkung noch erweitert. Anstatt explizit nur den Erhalt der Kaufmännischen Vorbereitungsschule (KVS) im Bildungsgesetz zu verankern, werden nun alle schulischen und dualen Brückenangebote zwischen Sekundarstufe I und der beruflichen Grundbildung im Gesetz erwähnt. Allerdings werden sie nicht beim Namen genannt, damit das Bildungsgesetz nicht wegen jeder Namensänderung auch wieder geändert werden muss. Benannt werden aber die Bereiche, nämlich der Dienstleistungssektor, der kaufmännische Bereich, das Gewerbe, die Industrie und die Hauswirtschaft.

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/was-den-lehrplan-21-mit-sammelfaechern-verbindet-130282438>